DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

SEPTEMBER 1992

1. September – Antikriegstag

Auszug aus der Anweisung des O.K.W. vom 31. August 1939:
„... Der Angriff gegen Polen ist nach dem „Fall Weiß" getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben. Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag 1.9.39

Angriffszeit 4.45 Uhr

Diese Zeit gilt auch für die Unternehmungen Gdingen - Danziger Bucht und Brücke Dirschau.

Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeiten eindeutig England und Frankreich zu überlassen (...) Die deutsche Westgrenze ist zu Lande an keiner Stelle ohne meine ausdrückliche Genehmigung zu überschreiten. Zur See gilt das gleiche für alle kriegerischen oder als solche zu deutenden Handlungen."

Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, ausgew. u. eingel. v. Peter Alfons Steiniger, Berlin 1962, Bd. 2, S. 169ff.

Am 3. April 1939 hatte Generaloberst Wilhelm Keitel, Chef des O.K.W. den „Fall Weiß" – die Kriegsvorbereitung gegen Polen – angeordnet. Darin hieß es unter dem Absatz „Aufgaben der Wehrmacht": „Die Aufgabe der Wehrmacht ist es, die polnische Wehrmacht zu vernichten. Hierzu ist ein überraschender Angriffsbeginn anzustreben und vorzubereiten." Darüber hinaus wurde festgelegt, die Vorbereitungen so zu beschleunigen, „daß die Durchführung ab 1. September 1939 jederzeit möglich ist".

Der Antifaschismus nach wie vor akut!

Zum Glück gibt es antifaschistische Grundsätze, die sich in unserer Verfassung wiederfinden. Von Poltikern breiten Spektrums sollen diese Grundsätze abgeschafft werden.

So wird einerseits versucht, den Antifaschismus für tot zu erklären, weil er aber nicht tot ist, wird zum anderen versucht, ihn zu widerlegen und umzufunktionieren. Dabei wird auch nicht davor zurückgeschreckt, mit Unterstellungen den Antifaschismus in eine andere Ecke zu drängen.

Der Antifaschismus, so sagt Hermann Kuhn, „wie fatal das Konzept des Antifaschismus im politischen Denken wirkt" ist daran sehbar, „Denn diese Faschismus-Definition begreift den Nationalsozialismus wesentlich als ökonomisches Krisen-Produkt des Kapitalismus" und bezieht sich dabei auf Dimitroff. Kein anderer als Knütter, der ebenfalls damit beschäftigt ist, den Antifaschismus zu überwinden, zitiert Dimitroff so:

„Der Faschismus gilt danach als die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."

Beide, Kuhn als auch Knütter, schlußfolgern für den Antifaschismus daraus, „Der Kampf gegen den Faschismus ist nur zu gewinnen als Kampf für den Sozialismus" und auch „wenn die private Verfügung über Produktionsmittel in einer sozialistischen Gesellschaft aufgehoben ist".

Damit wird Dimitroff und im weiteren auch dem Antifaschismus unterstellt, Faschismus kann nur durch Sozialismus gebannt werden. Dimitroff hat so

9. September 1992

ERINNERN statt VERDRÄNGEN-VERSÖHNEN

EIN ABEND MIT FJODOR KONKOV, MOSKAU,

EHEMALIGER ZWANGSARBEITER UND BUCHENWALD-HÄFTLING

„... ZUM SKLAVEN GEMACHT"

Es spricht: PROF. DR. GERHARD STUBY

ZUM RECHT AUF ENTSCHÄDIGUNG

20.00 UHR JONA GEMEINDE, EISLEBENERSTRASSE 56/58

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft Bremer Kirchengemeinden, Angestelltenkammer Bremen, Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der BRD und der Republik Lettland sowie den Staaten des Ostsee, Verein Wolosjan Minden-Zwangsarbeit e.V., VVN-BdA Bremen e.V.

Sie im Plan des Friedensforums angekündigte Veranstaltung in der Villa Ichon fällt aus. Wir beteiligen uns an der Veranstaltung in der Jona-Gemeinde.

Kranzniederlegung zum Internationalen Gedenktag am

Sonntag, dem 13. September um 11 Uhr

auf dem Osterholzer Friedhof.

Worte des Gedenkens spricht: Johann Reiners.

etwas nie behauptet, denn er spricht nicht einfach vom Finanzkapital, sondern von **den am meisten** reaktionärsten, chauvinistischen, imperialistischen Elementen in den Kreisen des Finanzkapitals.

Im Verlaufe der Nürnberger Prozesse veröffentlichte am 11. Oktober 1945 ein Ausschuß des US-Senats unter dem Vorsitz des Senators Kilgore das Ergebnis seiner Untersuchungen über die Schuldigen an den Verbrechen des Faschismus und berichtete wörtlich:

„Die Tatsachen machen diese Industriellen einwandfrei mitschuldig an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde geübten Verbrechen."

Dieser Einschätzung war eine Liste von 42 am stärksten belasteten Großindustriellen beigegeben.

Im Potsdamer-Abkommen, von allen vier Signaturmächten unterschrieben, steht unter „Wirtschaftliche Grundsätze, Abs. 12: In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen."

Es ist der Beschluß der Antihitler-Koalition. Es ist auch die Auffassung der Antifaschisten. Von Sozialismus und Antikapitalismus ist nicht die Rede.

In der Verfassung Bremens wie auch in anderen Länderverfassungen steht unter Art. 41 (Unzulässigkeit von Monopolen) „die Aufrechterhaltung oder Bildung aller die Freiheit des Wettbewerbs beschränkenden privaten Zusammenschlüsse in der Art von Monopolen, Konzernen, Truste, Kartellen und Syndikaten ist in Bremen verboten".

Mit diesem Verfassungsartikel ist die Bremer Verfassung nicht antikapitalistisch, wohl aber sind die Erfahrungen aus der Zeit des Faschismus in diesem Artikel eingebettet.

Dieser Artikel enthält eine antifaschistische Aussage. Wie weit aber heute wieder Monopole und Konzerne Einfluß nehmen auf Politik und Regierung, zeigt ein Beispiel von Mercedes-Benz AG E. Reuter in Bezug auf den Jäger 90 und seiner Warnung vor dem Raumfahrt-Ausstieg.

Knütter behauptet, die Antifaschisten würden in Kampagnen die BRD gegenüber ihren Verbündeten zu isolieren versuchen und schreibt:„ Außerdem wurde unterstellt, daß die kriegerische Mentalität, das Revanchestreben der nach wie vor in der BRD herrschenden unverbesserlichen und unbelehrbaren Kräfte, die Verbündeten in einen neuen Krieg ziehen würde."

Herr Knütter wird durch die jüngste Zeit wiederlegt, und einige hochrangige Politiker beweisen es ihm. Nicht die Antifaschisten drängen auf eine Grundgesetzänderung.

Gerade die Diskussion um die Veränderung des in Fragen des Bundeswehreinsatzes über die Blauhelm-Aktion hinaus auf „out of area" würde nicht nur Deutschland, sondern auch die Verbündeten in kriegerische Aktionen verwickeln.

Verschlimmert wird der Ruf auf Einsätze der Bundeswehr zur Sicherung von Rohstoffimporten an Märkten und Investitionen in vielen Teilen der Welt.

Hier offenbart sich bereits eine imperialistische Zielsetzung mit allen daraus entstehenden Konsequenzen. Antifaschisten warnen vor der Änderung des Grundgesetzes, weil damit der Einstieg in kriegerische Auseinandersetzungen vorprogrammiert sit.

Mit dem Aufzeigen der Gefahren und der Warnung der Antifaschisten, die vor dem Deutschen und anderen Völkern stehen, gibt es Gegnerschaft und Haß, der uns entgegenschlägt.

Dabei wird auch nicht vor Unterstellungen zurückgeschreckt. Die ethischen und moralischen Grundsätze des Antifaschismus werden von Knütter hingestellt als „Die moralische Komponente fungiert seit 1989/90 als Strohhalm zur Rettung des diskreditierten Sozialismus".

Damit ist auch die Zielsetzung der Verleumdung sichtbar. Antifaschismus gleich Sozialismus gleich Kommunismus – die Hexenjagd kann beginnen.

Knütter mag die moralisch/ethischen Grundsätze des Antifaschismus in Frage stellen, wir stehen dazu.

„Der Antifaschist betrachtet sich als humanitär, liberal, demokratisch (im weitesten Sinne des Begriffs), aufklärerisch, rational, revolutionär (mindestens im Sinne der Französischen Revolution 1789), radikal (hier verstanden im Sinne von aufklärerisch, nicht etwa als subversiv), individualistisch, den Menschenrechten, der Freiheit der Person sowie der Gleichheit und der Gleichberechtigung verpflichtet".

So ist es.

Aus „Debatte zwischen Pastor Zobeltitz und Hermann Kuhn, sowie aus Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung" von H. H. Knütter

Walter Federmann

Euthanasie in Bremen:

982 in den Tod geschickt: Freispruch

Vom 30. Juli bis zum 28. August wurde im Haus im Park im Krankenhaus-Ost die Ausstellung „Euthanasie in der Heil- und Pflegeanstalt Hadamar" bei Limburg an der Lahn gezeigt. In Hadamar, weltweit bekannt durch die Vernichtung von heil- und pflegebedürftigen Kindern, Frauen und Männern, starben auch Bremerinnen und Bremer.

Unter dem Titel: „Alltag in der Bremer Nervenklinik 1933-1945" hat eine Gruppe von Beschäftigten des Krankenhauses Ost eine kleine Dokumentation erarbeitet. Dieser Dokumentation entnehmen wir diese Tatsachen:

Am 6.12.39 übernahm der SS-Sturmbannführer Dr. Walter Kaldewey die Leitung der Nervenheilanstalt in Bremen-Ellern. Dr. W. K. war Hirnforscher und brachte die „Erfahrungen" aus der Tätigkeit in mehreren Anstalten mit. Er führte die „Heilung" durch Arbeit ein, deutliche Vernichtung durch Arbeit. Vom Reichsminister für Gesundheit wurde Dr. Kaldewey zum Gutachter berufen. Als solcher entschied er in freier Selbstbestimmung über Leben und Tod der ihm anvertrauten Patienten. Alle Kranken mußten arbeiten. Von 1940-1945 „begutachtete" Dr. W. K. 498 Frauen und 484 Männer als nicht mehr arbeitsfähig und überwies sie den verschiedenen Anstalten zur Vernichtung. 126 Männer aus Bremen wurden in Hadamar total vernichtet.

Es gab Bremer Eltern von Nervenkranken, die in Briefen den Verbleib ihres Angehörigen forderten. Es gab aber heute auch Zeitzeugen, die keine Fragen beantworteten.

Der Sturmbannführer Dr. Walter Kaldewey wurde im Juni 1945 verhaftet. 1948 erhielt er die Anklage und wurde freigesprochen, weil er nicht persönlich abgespritzt, vergast und verbrannt hat. In der alten BRD war er in Bremen als Facharzt in eigener Praxis tätig. Am 31.1.54 ist er gestorben, sonst würde er sicher noch als Beamter Pension bezogen haben, wie die 669 Richter des Volksgerichtshofes.

Willy Hundertmark

Euthanasie Ausstellung

Das Grauen ist noch lebendig. Im Gerichtssaal erhalten unbelehrbare furchtbare Ärzte niedrige Strafen für Massenmord. Sehenswert ist die Ausstellung über Euthanasie im Krankenhaus Bremen-Ost. Von Ellen führten die Spuren 1942 nach Hadamar bei Limburg/Lahn. 104 von 126 Bremern wurden dort umgebracht, 12 sind verschollen. Grauenhaft lesen sich die eintönigen Eintragungen der Todesursachen in den Listen. Nachforschungen von Angehörigen verliefen regelmäßig im Sand. Die Aktion T4 kann als glatter Mord bezeichnet werden, zunächst durch Vergasung, dann - als die Öffentlichkeit ein Stückchen Geheimhaltung durchbrach - durch die Spritze. Die mutige Predigt des Münsteraner Bischofs Graf von Galen gegen den „Gnadentod" zwang die Verantowrtlichen im Tiergarten zu Veränderungen im Ablauf des Mordens, dem 4000 Menschen bis zum Kriegsende zum Opfer fielen. Senatorin Irmgard Gärtner ist es zu verdanken, daß wir die Ausstellung im Haus im Park sehen können. Erst Klee, Autor zahlreicher Bücher zur sozialen Lage von Randgruppen in der Bundesrepublik, schilderte einem breitgefächerten Publikum persönliche Eindrücke aus bundesdeutschen Gerichtssälen. 1940 hatten Universitätsprofessoren gefordert, die Euthanasieopfer der Forschung zur Verfügung zu stellen, möglichst noch vor dem Tode. Das Zahngold wurde herausgebrochen, Pflegegelder wurden noch nach dem Tode abgerechnet. Die Assistenzärzte des Heidelberger Euthanasieprofessors Carl Schneider machten nach 1945 Karriere, z.B. Prof. Rauch als Gutachter im Stammheimer Book-Prozeß. Mehrere Ärzte wurden im Frankfurter Hadamer-Prozeß freigesprochen. Ihnen wurde zugute gehalten, als überzeugte Nationalsozialisten hätten sie mangels Unrechtbewußtseins keinen Mord begehen können. Wegen Urlaubs und Freistellung wurde die Strafe für 4500 bzw. 11000 Morde in einem Berufungsverfahren aus rechnerischen Gründen von vier auf drei Jahre verkürzt. Keine Ärztekammer, keine Aufsichtsbehörde konnte sich durchringen. die Zulassung zum Praktizieren in Frage zu stellen. Selbst die Aufdeckung der wahren Identität änderte daran nichts, erinnern wir uns noch an den Fall Dr. Heyde alias Sawade in Schleswig-Holstein. Erschreckend ist der Gedanke, daß Euthanasie heute wieder gedanklich vorbereitet wird. Zur Einstimmung gehören solche Urteile, die das Fließbandtöten von Epileptikern, Tb-Kranken, alten und pflegebedürftigen Menschen verharmlosen. Bleibt zu hoffen, daß sich die Deputation endlich durchringen kann, für die weitere Aufarbeitung der Psychatrie im Dritten Reich Mittel für eine Stelle freizugeben. Vielleicht helfen viele Briefe von KameradInnen, daß dies schnell passiert. Ernst Klee möchte ich ausdrücklich für seine Bereitschaft danken, uns seine Rede zur Verfügung zu stellen. Sie kann im Büro eingesehen werden.

Raimund Gaebelein

Der Schauprozeß läuft schon.

Die Geschichte darf nicht kriminalisiert werden.

Es wird keinen Schauprozeß gegen den ehemaligen Vorsitzenden Staatsrat der DDR Erich Honecker geben, wird immer wieder versichert.

Genaugenommen läuft aber bereits der Schauprozeß. Und er läuft bereits mit einer Vorverurteilung. Solange Erich Honecker nicht verurteilt ist, ist ihm die Ehrenrente für seinen Widerstand gegen den Faschismus, für den er 10 Jahre Zuchthaus erhalten hat, zu gewähren.
Abgesehen davon gibt es zahlreiche Stimmen, die eine Verurteilung Erich Honeckers ausschließen, aus welchen Gründen auch immer.

Ich kann hier nur wiederholen:
Die Geschichte der DDR ist erst recht die Geschichte der BRD. Ohne die Bi- und Trizonen-Abkommen, ohne die Ausgrenzung der Ostzone von Dollarhilfe und Währungsreform, die zur Abspaltung und zur Grün-dung der BRD führten, gäbe es keineDDR.

Mehr noch, die Ablehnung aller Vorschläge der Regierungen der DDR und der UdSSR zur Wiederherstellung der Einheit wurden mit militärischer Bedrohung und Wirtschaftsboykott beantwortet. Die Verfolgung der Gegner in der DDR wie die Verfolgung der Frauen und Männer in der BRD, die für den Frieden und gegen die Remilitarisierung sowie der atomaren Bewaffnung eingetreten sind, ist nicht gegenseitig aufzurechnen, sondern entsprechend zu würdigen und zu entschädigen. Und das ist ein weites Feld. Wenn auch immer wieder betont wird, gegen Erich Honecker und Mitstreiter würde kein politischer Prozeß geführt, so ist das, gelinde gesagt, einfach nicht wahr.

Erich Honecker war der Chef der DDR, die ein weltweit und von der UNO anerkannter Staat war, der mit Peter Florin sogar eine Periode den Vorsitzenden der UNO-Vollversammlung gestellt hat. Um von der UNO anerkannt zu werden, mußte die BRD die Befreiung vom Faschismus nachweisen. Das taten die Oberen denn auch, indem sie verschwiegen, daß noch tausende Aburteilungen wegen Massenmorden ausstehen. Alle, auch die neue Bundesministerin, haben uns bestätigt, in der alten BRD leben noch 3948 Nazis und andere Größen, die wegen Mord verurteilt werden können. Dabei sind die Feldrichter (siehe Filbinger) nie erfaßt noch angeklagt worden.
Solange die Oberen der alten BRD nur erklären, sie stimmten unserer Auffassung zu, ist für mich die Verhaftung und Anklage gegen Erich Honecker, gelinde gesagt, unehrlich.
Erich Honecker und die anderen in Haft einsitzenden Mitglieder der Regierung der DDR sind unverzüglich zu entlassen. Und sofort muß mit der ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte begonnen werden. Der Ansatzpunkt ist nicht die Mauer und ihre Folgen, sondern der Beginn der Spaltung in zwei deutsche Staaten (siehe oben und frühere Stellungnahme).

Ein anderer Teil der Geschichte ist für mich die Aufarbeitung der Fehlleistungen der Herrschenden in der DDR. Dazu benötigen wir nicht nur die Politiker, sondern auch insbesondere die Historiker der DDR.

Die jüngste deutsche Geschichte darf nicht kriminalisiert werden.

Willy Hundertmark

Einwanderung gegen Asyl vertauschen?

Klaus Wedemeier mußte wieder einmal vorpreschen in einer Art bayrisch-blaue Zukunft. Nach dem Maulkorb für die Ausländerbeauftragte Dagmar Lill erklärte der Senatspräsident am 30. Juli, er halte eine Änderung des Artikels 16 Grundgesetz für notwendig. Es gehe um eine schnellere Abschiebung. Um eine Änderung des Fluchtartikels zu versüßen, will er sich für ein Einwanderungsgesetz stark machen. Rückendeckung erhielt er von der Kultursenatorin Trüpel. Die Grünen forderten ein Einwanderungs- und ein Flüchtlingsgesetz schon lange. Sie geht durchaus nicht an der Tatsache vorbei, daß schon jetzt Gruppen Verfolgter unbefristet aufgenommen werden können. Schlimm an Wedemeiers Initiative ist das Ausspielen eines geplanten Einwanderunsgesetzes gegen das Asylrecht. Einen Vorgeschmack auf eine Abschiebung erhalten Flüchtlinge dreimal wöchentlich beim Sozialamt. Plätze für eine Unterkunft werden in der Langenstraße erst erteilt, wenn zuvor eine Hilfspolizeisperre erfolgreich passiert wurde.

Raimund

50 Jahre danach – Lidice lebt.

Siehe auch BAF 7/8 1992

Unsere Studienreise vom 8. bis 13. Juni nach Prag/Lidice hat uns eine Reihe Erfahrungen eingebracht.

So wurden wir unmittelbare Zeugen der politischen Veränderungen in der CSFR. Inzwischen ist Präsident Vraslav Havel zurückgetreten. Als ziemlich letzten Staatsakt hat er die Heydrich-Attentäter ausgezeichnet und da hat er sich zum Antifaschismus bekannt. Im Gegensatz dazu steht die Tatsache der Übereignung der Gedenkstätte und das im Rohbau befindliche Gebäude für die Erweiterung der Anlage. Diese Übereignung ist eine Belastung für diese kleine Gemeinde. Es l wünschen, daß die Pläne der Gemeinde nicht an den politischen Veränderungen scheitern?

Die bisherige Zusammenarbeit mit der Gemeinde wird in Zukunft nicht mehr so problemlos verlaufen wie bisher, das veranlaßte den Sprecher der Initiative, den Kamresden Dr. Ernst Uhl, beim Austausch der Erfahrungen der Reise am 14.6.92 zu fragen: „Wie weiter?"

Ich will versuchen, dazu einige Anregungen zu formulieren:

1. Das böhmische Dorf Lidice und sein Schicksal darf nicht vergessen werden. Es bleibt das weltweit bekannte Dorf, das für 70000 „unbekannte" Dörfer steht, die das Naziregime im letzten Weltkrieg ebenso total vernichtet hat, sind Männer verschleppt, erschossen worden. Frauen, Kinder, Greise sind in Kirchen und Scheunen getrieben und verbrannt worden. Lidice bleibt das weltweit bekannte Beispiel für ein von Überheblichkeit, Rassenwahn und Haß getragenem Regime. Es gab nur ein Regime, das mit Rassen- und anderen Gesetzen alles vernichtete, die nicht arisch oder anderer politischen Auffassung waren. Es gab noch nie ein Regime, in dem das Finanz- und Industriekapital mit der Vernichtung durch Arbeit, Gas, Riesenprofite erzielt hat.

2. Das Anliegen der Lidice-Initiative ist Versöhnung gleich Völkerverständigung und Erziehung zum Frieden. Dieses Anliegen bleibt. Versöhnung und Völkerverständigung heißt, sich nicht in die Angelegenheiten anderer Völker einzumischen, heißt, geduldig aufeinander zugehen. Es gilt im Falle Prag-Lidice, die Bindung zu den bisherigen Partnern weiter zu pflegen und gleichzeitig neue Kontakte zu entwickeln. Wir begrüßen die neuen stärkeren Bindungen an die Freunde in Großbritannien. Wir sollten versuchen klarzustellen, daß wir nicht die Vernichter von Lidice noch mit denen identisch sind. Ebenso sind die Opfer und Gegner der faschistischen Kriegs- und Vernichtungsmaschine nicht automatisch Feinde von Demokratie und Frieden. Wir sollten auch deutlich machen, daß wir die „Öffnung" des Dorfes Lidice für die nachkommenden Generationen als richtigen Schritt begrüßen, so erst wird „Lidice lebt" wahr.

3. Nach 10 Jahren Lidice-Initiative ist ihr Anliegen nicht erfüllt, für das wir vormals angetreten sind. Die bisherige Tätigkeit sollte nicht im Ziel, aber in der Tätigkeit neu überdacht werden. Wir sollten überlegen, ob wir jetzt mehr an die Öffentlichkeit mit Diskussionsabenden, Seminaren und öffentlichen Veranstaltungen gehen. Dabei sollten wir nach wie vor unsere Freunde in den neuen Staatsgebilden der CSFR einbeziehen. Gleichzeitig könnten wir die bisherigen Verbindungen in den neuen Ländern, in Holland usw. erneuern. Themen will ich nicht vorgeben, obwohl es genug gibt. Das Motto sollte heißen:

„Lidice lebt", es lebe die Lidice-Initiative.

Willy Hundertmark

Wir brauchen Sie – Jetzt!

Es könnte passieren, daß Sie morgens aufstehen - und es ist Krieg.
Aktuellte Sondermeldungen fortlaufend im Radio und Frühstücksfernsehen. Erst nachträglich läßt sich wohl klären, ob ein Schiff der Bundesmarine Staatsgebiet ist, ob ein Angriff auf dieses Schiff ein Angriff auf die BRD ist. Mit dem Angriff gilt der Verteidigungsfall nach Artikel 115a des Grundgesetzes. Lassen es die Umstände zu, wird er wohl rechtzeitig vom Bundespräsidenten bekanntgegeben.

WUNDERN SIE SICH NICHT, daß der Bundesgrenzschutz in den folgenden 6 Monaten Autobahnauffahrten, Bahnhofseingänge und Flughäfen kontrolliert. WUNDERN SIE SICH NICHT über Bundeswehrsoldaten an den Betriebstoren. Sicherlich haben Sie Verständnis dafür, daß wegen der noch drohenden Gefahren Ihre Freizügigkeit ein wenig eingeschränkt werden muß.
Schließlich soll nicht über Post und Telefon nach außen dringen, was die Sicherheit unseres Landes beeinträchtigt! Sicherlich haben Sie volles Verständnis dafür, daß Ihr Haus vorübergehend sichergestellt ist und Wehrpflichtige bei Ihnen einquartiert werden. Im übrigen ist ja nicht ganz klar, ob Sie Ihr Haus und Ihr Auto wirklich brauchen. Ob Mann oder Frau, ab dem 18. Lebensjahr sind Sie in dieser Lage schließlich verpflichtet, Ihren Dienst zu leisten, ob im Betrieb, Krankenhaus oder zur Verkehrsregelung. Oder wollen Sie sonst den Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung begegnen?
Es klingelt ...
Das Weitere liegt an Ihnen!

Irmgard

Aus dem Geschichtsbuch

Von den Vorgängen im Balkan werden wir zwar nicht unmittelbar berührt, und in manchen Punkten steht unser Interesse hinter dem anderer Mächte zurück. Immerhin sind wir berechtigt und verpflichtet, gleich den anderen Mächten bei der Neuregelung der Dinge, die die Folge des jetzigen Krieges sein wird, mitzureden. Denn an der ökonomischen Gestaltung im Orient sind wir sehr wesentlich direkt interessiert. Ich erinnere nur an die Erhaltung der den türkischen Staatsgläubigern gewährten Sicherheiten. Außerdem werden wir bei der Regelung mancher Fragen unser Wort zu Gunsten unserer Verbündeten mit in die Waagschale zu legen haben (...) Natürlich werden die Ansprüche der Mächte im einzelnen erst dann endgültig festgestellt und bekannt gegeben werden können, wenn die Stipulationen vorliegen, welche die kriegführenden Mächte unter sich getroffen haben werden. Dann wird zu prüfen sein, in wieweit sie in die Interessensphären der anderen Mächte eingreifen.
Sollten sich dabei, was wir nicht hoffen, unlösbare Gegensätze ergeben, so wird es Sache der im Einzelfall direkt interssierten Mächte sein, ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen. Das gilt auch von unseren Bundesgenossen. Wenn sie aber bei der Geltendmachung ihrer Interessen wieder alles Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten, dann würden wir, unserer Bündnispflicht getreu, fest und entschlossen an ihre Seite zu treten haben, dann würden wir an der Seite unserer Verbündeten zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa zur Verteidigung der Sicherheit und Zukunft unseres eigenen Landes fechten.

Verhandlungen des Reichstags, XIII Legislaturperiode, I. Session, Bd. 286, Stenographische Berichte, Berlin 1913, S. 2472.

Aus der Rede des Reichskanzlers Theobald v. Bethmann Hollweg im Reichstag am 2. Dezember 1912 über den Balkankrieg und die Kriegsbereitschaft der Regierung

Hartmut Meyer †

Betroffen gemacht und erschreckt hat uns im Bremer Landesvorstand der VVN-BdA der unerwartete Tod unseres Kameraden Hartmut Meyer in der letzten Juliwoche. Im gemeinsamen Ringen für eine Welt des Friedens und der Demokratie, für eine Aufklärung vor allem Jugendlicher über die Gefahren neofaschistischen Denkens und neofaschistischen Terrors, im Bemühen um Erhalt und Fortentwicklung der VVN-BdA, haben wir uns kennen- und schätzengelernt. Wir möchten Marion, seiner Lebensgefährtin, unser tiefes Mitempfinden zum Ausdruck bringen.

Opfer des kalten Krieges auch im Westen rehabilitieren

Die PDS/LL hat einen Gesetzentwurf zur Wiedergutmachung von politischem Unrecht eingebracht

Der Bundestag hat am 17. Juni einen Gesetzentwurf der Gruppe PDS/LL zur Behebung und Wiedergutmachung von politischen Ungerechtigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland (12/2260) zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuß überwiesen. Der Innenausschuß und der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung sowie der Haushaltsausschuß sollen mitberatend tätig werden.

In dem Gesetzentwurf verlangt die Gruppe der PDS/LL, daß auch Bürger der Bundesrepublik, die in den Jahren des Kalten Krieges aufgrund von Ungerechtigkeiten des politischen Strafrechts verfolgt wurden, rehabilitiert und entschädigt werden können, wie dies für im Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz für die Opfer der DDR-Justiz vorgesehen sei.

Die INITIATIVGRUPPE FÜR DIE REHABILITIERUNG DER OPFER DES KALTEN KRIEGES (Sitz: Hoffnungstraße 18, W-4300 Essen 1) wandte sich aus diesem Anlaß an den Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages. In dem Schreiben heißt es u.a.:

„Da es um das Anliegen geht, welches unsere Initiativgruppe seit ihrer Bildung im Herbst des Jahres 1988 vertritt, wenden wir uns aus obigem Anlaß an Sie. Die meisten der in unserer Initiativgruppe Mitwirkenden sind selbst Betroffene der politischen Strafjustiz der Bundesrepublik Deutschland der 50er und 60er Jahre."

Desweiteren wurde den Ausschußmitgliedern zur Kenntnis gegeben, daß sich die Initiativgruppe schon kurz nach ihrer Bildung mit der schriftlichen Darlegung ihres Anliegens sowohl an den Herrn Bundespräsidenten Dr. v. Weizsäcker und an den Herrn Bundeskanzler Dr. Kohl wandte, jedoch bis heute ohne Antwort geblieben ist. Zu wiederholten Malen wurden die Fraktionen des Bundestages angeschrieben, allerdings mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

In dem Brief an die Mitglieder des Rechtsausschusses heißt es weiter:

„Wir möchten Sie anregen zu der Überlegung, ob es nicht zweckmäßig und der Sache dienlich sein könnte, die zu unserer Initiativgruppe Gehörenden und ander Betroffene anzuhören, wenn Sie den oben genannten Gesetzentwurf beraten."

Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges

Hoffnungstraße 18

4300 Essen 1

Tel. (02 03) 22 51 47

Für die Opfer der Militärjustiz

Die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V." hat in ihrem Bemühen um die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der NS-Militärjustiz einen Teilerfolg erreicht.

Das heißt: Beschädigte oder ihre Hinterbliebenen, die bisher deshalb von Leistungen nach diesem Gesetz ausgeschlossen geblieben sind, weil die entsprechenden Urteile der Militärjustiz nicht als Unrechtsurteile von den Versorgungsämtern anerkannt wurden, können (und sollten!) nun erneut einen Antrag stellen. Eine Leistung nach dem Bundesversorgungsgesetz (z. B. Gesundheitsschaden nach einer Inhaftierung im Militärlager) erhält, wer einen entsprechenden Schaden nachweist.

Weitere Informationen sind zu erhalten bei:
Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.
Gemeinnützig anerkannter Verein
Telefon (04 21) 1 38 53

Weitersagen

Am 26. Mai 1992 hat sich ein Verband Deutscher in der Resistanc in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland (DRAFD) e.V.G." konstituiert.

Es werden als Mitglieder Kameradinnen und Kameraden gesucht, die im Widerstandskampf gestanden haben.

Die Aufgaben wurden umrissen als „Das Wirken des Verbandes unter den neuen Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen und dem Neofaschismus, Rassismus und Rechtsradikalismus".

Die Anschrift der Geschäftsstelle ist:

Verband Deutscher in der Resistanc und der Antihitlerkoalition
Chausseestr. 29
O-1040 Berlin

Jahresmitgliedsbeitrag mind. DM 25,–

Was sonst noch geschah:

Ab 6.7. haben die Macher der sieben reichsten „Nationen" beraten, wie sie die Wirtschaftskrise und die Inflation in den Griff bekommen.
Da der Gipfel in München so hoch war, sind sie lieber auf den Helsinki-Gipfel ohne Erfolg rübergeklettert.

Weil die „Bayern" in die Adria fuhr, gab es eine Sondersitzung des Bundestages. Da waren die schnellen Antworten vom Verfassungsschutz in Köln und vom Zoll auf die Feststellung der Abgeordneten Gregor Gysi höchst aufschlußreich:
Die Exilkroaten in der BRD würden mit den gesammelten Geldern Waffen und Munition kaufen und die deutschen Waffenhändler würden am Embargo vorbei liefern, ergänzte der Zoll.

Da bleibt doch die Frage, was tut der Verfassungsschutz und der Zoll als staatliche Einrichtungen, ihre Erkenntnisse zu nutzen, das Morden in Jugoslawien zu beenden. Sie brauchen doch nur zuzugreifen, das wäre doch eine Aufgabe, Herr Schäuble, doch besser als bla bla im Bundestag.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln hat eine enormes Wachstum des Neofaschismus und Rechtsradikalismus festgestellt; in den neuen und alten Ländern der BRD. Dafür gibt es Gründe, z. B.: In vielen Reden etablierter Politiker wird das Problem Asylanten und Flüchtlinge so dargestellt, daß Rechtsradikale einfach ermuntert werden, Asylanten zu überfallen und Heime von Flüchtlingen in Brand zu stecken.

Geburtstage im September

07. September	Karl Müller	66 Jahre
09. September	Anita Böhme	82 Jahre
18. September	Fritz Bolte	80 Jahre
18. September	Karl Wötz	72 Jahre
22. September	L. de Vries	79 Jahre
21. September	L. Jessat	90 Jahre
22. September	A. Muck	86 Jahre
30. September	G. Rademacher	48 Jahre

Allen Kameradinnen und Kameraden

Herzlichen Glückwunsch

Der Landesvorstand

Termine

Kreis West:

Filmveranstaltung am 21.09.92 Es wird der Film über Theresienstadt gezeigt in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26 um 19.00 Uhr.

Alle Kameradinnen und Kameraden sowie Freunde sind herzlich eingeladen.

Der Außenminister der BRD ist FÜR eine deutsche Teilnahme an UNO-Friedens--- und UN-KRIEGS-EINSÄTZEN:

– „Deutschland kann nicht nur das Scheckbuch ziehen, wenn andere ihre Soldaten schicken."

DAFÜR soll ein wichtiges Stück aus unserem Grundgesetz herausgebrochen werden - OHNE das Volk um Erlaubnis zu fragen, das die Menschen-Opfer erbringen soll.

Der Minister (und seine Kollegen) - samt „Opposition", – weiß? – weiß nicht? – daß es OHNE Scheckbuch und OHNE Soldaten bedeutend WENIGER Konflikte gäbe - und Völkermord zu einem REGIONALEM Gerangel mit bedeutend WENIGER Menschen-Opfer zusammenschrumpft.

MANN-FRAU-KINDER MÜSSEN ES IHNEN ERKLÄREN, SOLANGE NOCH ZEIT IST !

Wer seine Rechte vergißt - aus Bequemlichkeit nicht nutzt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er bald keine mehr hat.

GRUNDGESETZ DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Artikel 20

(Grundlagen staatlicher Ordnung, Widerstandsrecht)

„(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

... insbesondere dann, wenn die Opposition nicht weiß, daß sie opponieren MUSS !

irmgard

Über manche Brücken darfst Du nicht gehen, denn sie führen nur zum Triumph über die Herabgestürzten!

Manche Berge sollst Du nicht erklimmen, denn Du verlierst die Freunde, auf die Du dann herabsiehst.

Manches Glück erkaufst Du mit dem Sinn Deines Lebens.

A. S. 23.11.91

Geh verschwenderisch mit dir um, dich gibt es nur ein einziges Mal und auch nur kurz –

man darf sich nicht behüten wollen für ein träges Alter.

Entzieh dich einem festen Halt, dein Vorwärtsdrängen ist wichtig.

Bewahr dich aber der Menschlichkeit und verweigere dich nie den Notwendigkeiten.

Gib deine Antwort nach dem Streit mit den Freunden.

Gib acht auf die Wirkung deiner Kraft, du hast nur ein einziges Leben einzubringen in den Kampf.

Annette

Leserbrief

Nicht nur Politik-, sondern auch Medienverdrossenheit ist spürbar. Der Grund ist derselbe: Der Bürger begreift immer klarer, mit welchen Mitteln er für unmündig erklärt wird. Er soll sich möglichst an allerlei Spiel und Sport beteiligen. Soll glotzen und konsumieren, was die Macher so produzieren.
Wenn er unartig wird und ein Mitsprachrecht fordert, dann bekommt er - wie jetzt nach der Gründung des Bremer Komitees für Gerechtigkeit - eine volle Breitseite bösartiger Unterstellungen: Querulanten, ewig Gestrige, Obskure Gerechte, Aufwiegler ...!
Wir weisen diese ratlosen plumpen Diffamierungen zurück an die Absender. Das ist auf keinen Fall der Stil, mit dem wir uns am politischen Geschehen unseres Landes beteiligen wollen.

G. K. Bremen am 7.8.92
(Name der Redaktion bekannt)

Dankeschön

Auch ohne den Spruch „Spenden statt Blumen" sind weitere Spenden eingegangen.
Außerdem spenden einige Kameradinnen und Kameraden jeden Monat ab DM 10,– auch per Dauerauftrag.

Ein herzliches Dankeschön.

Aber offen gesagt, die Welle der Teuerungen rollt auch über uns.

Wir bitten unsere Kameradinnen und Kameraden zu prüfen, ob der Beitrag nicht um eine oder zwei Stufen erhöht werden kann. Es gibt folgende Beitragssätze: DM 3,– DM 5,– DM 7,– DM 10,– DM 15,– DM 20,– und DM 25,–

Wir bitten daher unsere Leserinnen und Leser, einmal zu überlegen, ob nicht einmal mehr eine Spende locker ist. Der Vorstand dankt im Voraus für Eure Bemühungen.

10. Bremer Frauenwoche vom 6.9. bis 11.9.92

Perspektiven und Widerstand
(Fr, 11.9.92)

Eintrittsbutton, gültig für einen Tag = DM 10,–/5,– (ohne Kulturveranstaltungen).
Das ausführliche Programm ist ab Mitte August über den Buchhandel oder direkt bei der Frauenwoche zu beziehen.

Für weitere Fragen meldet Euch / melden Sie sich bitte bei uns direkt:

Bremer Frauenwoche
Uni Bremen, GW 2
FB 11, Postfach
2800 Bremen 33

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

1. September 1992

Stoppt den Krieg auf dem Balkan

Kein Bundeswehreinsatz "out of area"

Als im letzten Jahr Tausende GEGEN DEN KRIEG IN DER GOLFREGION demonstrierten, konnten sie noch hoffen, daß solche militärischen Auseinandersetzungen nur in anderen Teilen der Welt stattfinden würden.
Doch der KRIEG IM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN hat uns alle eines schlechteren belehrt. Nicht eine Tagesreise entfernt, tobt ein Krieg, der auch ein Ausdruck der politischen Veränderungen in Europa zur Durchsetzung einer "neuen Weltordnung" seit Ende der 80er Jahre ist.

Täglich flimmern schreckliche Bilder aus dem Kriegsgebiet über unsere Bildschirme. Das LEIDEN DER ZIVILBEVÖLKERUNG ist unvorstellbar. Doch die meisten Medien unseres Landes betrachten nur satt und "betroffen" die Ereignisse, sie warten quasi auf tote Waisenkinder, die ein "Medienereignis" sind, und sie haben schon lange die Schuldigen ausgemacht, es sind Serbien und serbische Freischärler.

Wann hört man aber mal ein Wort darüber, welche ROLLE DIE BRD BEI DER ESKALATION DES KONFLIKTES gespielt hat und noch spielt ?
Dabei muß man nur folgende Tatsachen bedenken:

- politisch wurde die Zersplitterung Jugoslawiens - gegen die Bedenken vieler anderer europäischer Staaten - vorangetrieben;
- militärisch wurden durch die Lieferung von Waffen und Ausrüstungsgütern an die Kriegsparteien die Voraussetzung für die Kriegsführung auf dem Balkan unterstützt;
- ohne Widerspruch durch die Bundesregierung können deutsche Neonazis als Söldner auf kroatischer Seite in den Krieg eingreifen.

Während so der Konflikt angeheizt und eskaliert wurde, behauptet nun die Bundesregierung, daß ein militärisches Eingreifen auch der Bundeswehr zur Beendigung des Krieges notwendig sein könnte, und sie beginnt sofort mit der Entsendung der "Bayern" und "Niedersachsen."
DIESE MAßNAHMEN ZUR KRIEGSBEKÄMPFUNG SIND VERGLEICHBAR MIT BENZIN ZUM LÖSCHEN EINES BRANDES.

Doch der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien scheint für die Bundesregierung und die Generalität eher ein WILLKOMMENER VORWAND ZUR DURCHSETZUNG EINER NEUEN MILITÄRSTRATEGIE, der Kampfeinsätze deutscher Streitkräfte "out of area".
Bundesminister Rühe erklärte am 19.06.92, daß in der 2.Hälfte dieses Jahrzehnts deutsche "Kampfeinsätze" notwendig seien, also Kriege, geführt von deutschen Soldaten. Als Zwischenglied sind zuerst "Blauhelm"-Einsätze im Rahmen der UNO als "friedenserhaltende Maßnahmen" vorgesehen.

⇒

Im Bonner Dokument über die "Neugestaltung der Bundeswehr" wird folgerichtig gefordert: "Klarstellende Verfassungsergänzung in Hinblick auf deutsche und militärische Beiträge zur kollektiven Sicherheitsvorsorge außerhalb der NATO".
Was hier mit schönklingenden Worten umschrieben wird, bedeutet nichts anderes als die Verkehrung der Pflicht zum Frieden, wie sie im Grundgesetz gefordert wird, in ihr Gegenteil.
"Verfassungsergänzung" bedeutet eigentlich Verfassungsänderung!
"Kollektive Sicherheitsvorsorge" ist die Umschreibung für Aggressionskrieg!
Was sonst bedeutet erzwungener "Zugang zu strategischen Rohstoffen"?

Mittels Salamischeiben-Taktik wird versucht, dem Ziel "Kampfeinsätze" näher zu kommen. Minensuchboote und logistische Unterstützung am Golf 1991, Militärarzteinsatz in Kampuchea 1992 und nun der direkte Einsatz der Flotte in der Adria : so fängt die abenteuerliche Praxis an. Wo hört sie auf ?

Als Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten fordern wir dringend alle kriegführenden Parteien im ehemaligen Jugoslawien auf, die Kämpfe einzustellen und zu einer politischen Lösung zu kommen.
Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet unverzüglich und ohne bürokratische Hemmnisse ermöglicht.
Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, jegliche Einflußnahme in diesem Konflikt zu unterlassen.

Wir erinnern an die Lehren der deutschen Geschichte.

Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen, nicht Krieg !

Wie nach 1980 sind die Staatsbürger, die sozialen Bewegungen, die Friedenskräfte gefordert. Breite politische Aktionen und Aufklärung können helfen, die neuen Gefahren abzuwehren und den Frieden zu sichern.

- X **Die Umkehrung des grundgesetzlichen Auftrags von der Pflicht zum Frieden in ein "Recht auf Krieg" kann und muß verhindert werden. Die Deutschen können ihre weltpolitische Verantwortung mit zivilen und humanen Mitteln wahrnehmen.**

- X **Rüstungsausgaben sind drastisch zu senken, auch um soziale Aufgaben bewältigen zu können. Ziel ist die Angriffsunfähigkeit aller Staaten und vorbeugende Konfliktregelung.**

- X **Rüstungsexporte sind einzustellen und zu verbieten. Vor allem ist der Export von Vernichtungsgerät an solche Staaten zu sperren, die es gegen wehrlose Menschen einsetzen.**
Die Türkei, die Krieg gegen die Kurden führt, muß boykottiert werden.

9. September 1992

ERINNERN statt VERDRÄNGEN-VERSÖHNEN

EIN ABEND MIT FJODOR KONKOV, MOSKAU,

EHEMALIGER ZWANGSARBEITER UND BUCHENWALD-HÄFTLING

„... ZUM SKLAVEN GEMACHT"

Es spricht: PROF. DR. GERHARD STUBY

ZUM RECHT AUF ENTSCHÄDIGUNG

20.00 UHR JONA GEMEINDE, EISLEBENERSTRASSE 56/58

Veranstalter: *Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, Angestelltenkammer Bremen, Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der BRD und der Republik Lettland sowie den Staaten des Ostens, Verein Wiedergutmachung-Zwangsarbeit e. V., VVN-BdA Bremen e. V.*

Die im Plan des Friedensfonds angekündigte Veranstaltung in der Villa Ichon fällt aus. Wir beteiligen uns an der Veranstaltung in der Jona-Gemeinde.

Kranzniederlegung zum Internationalen Gedenktag am

Sonntag, dem 13. September um 11 Uhr

auf dem Osterholzer Friedhof.

Worte des Gedenkens spricht: Johann Reiners.

V.i.S.d.P.Willy Hundertmark

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

GEGEN MILITÄREINSATZ UND KANONENBOOTPOLITIK

Als Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Bund der Antifaschisten fühlen wir uns in besonderem Maße der Verpflichtung verbunden, die nach 1945 viele Menschen vereinte: Nie wieder Krieg. Von deutschen Boden dürfen nie wieder Krieg und Kriegsgefahr ausgehen.
Davon ließen sich auch die Verfasserinnen und Verfasser des Grundgesetzes leiten.
Als bundesweit größte Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten, ehemaligen Widerstandskämpfern gegen den Faschismus und Verfolgten des NS-Regimes weisen wir auf die besondere - sich aus unserer Geschichte ergebende - Verantwortung Deutschlands hin, gegen jeden Einsatz militärischer und kriegerischer Mittel aufzutreten, sich selbst dieser Mittel zu enthalten -und das Beispiel für eine friedliche Politik zu geben.

Die Entsendung von Kriegsschiffen und Kriegsflugzeugen in das Mittelmeer widerspricht allen friedenspolitischen Grundsätzen und Zielen

Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen alle Versuche, den Krieg in Jugoslawien dazu zu benutzen, die Öffentlichkeit im In - und Ausland an den Einsatz deutscher Soldaten außerhalb unserer Landesgrenzen zu gewöhnen und dafür zu gewinnen.
Viele europäische Länder haben schreckliche Erfahrungen mit Einsätzen deutschen Militärs, das dem deutschen Faschismus als Gewaltinstrument diente. Dazu gehört auch Jugoslawien. Daran ist gerade in der jetzigen Situation zu erinnern - und entsprechend zu handeln.

Wir wenden uns gegen Entscheidungen und Maßnahmen, die Erinnerungen an diese Vergangenheit wachrufen und auch nur den Eindruck einer möglichen Neuauflage deutscher Großmacht - und Kriegspolitik erwecken.

Militärische Mittel sind kein geeignetes Mittel, Kriegshandlungen zu beenden und Konflikte zu lösen. Das beweisen alle Erfahrungen aus Vietnam, Afghanistan und anderen Ländern.

Wir wenden uns insbesondere dagegen, die angeblich "größere Verantwortung des wieder vereinigten Deutschland" zum Vorwand für eine neue Kanonenbootpolitik und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik zu nehmen.

Notwendig sind dagegen Instrumentarien und Institutionen, die auf kriegsverhindernde und - vorbeugende Mittel setzen. Dazu gehört auch die ideelle und finanzielle Unterstützung der Menschen und Gruppen in den jugoslawischen Folgrepubliken, die sich für die Beendigung des nationalistischen Bürgerkrieges einsetzen.

Den Betroffenen militärischer Gewalt, insbesondere den Flüchtlingen, ist umfassend mit humanen Mitteln zu helfen.

Es ist sinnvoller und allein human gehandelt, alle mögliche Kraft für diese Menschen und nicht für einen weiteren Einsatz von Waffen einzusetzen.

Wir wiederholen unseren Appell, den wir gemeinsam mit weiten Teilen der Friedensbewegung erhoben haben:

* "Wir wollen weder, daß deutsche Soldaten in aller Welt mitmorden, noch daß sie für wirtschaftliche Interessen getötet werden."

* "Das "Nie wieder Krieg" von 1945 bindet uns weiterhin. Wir versprechen deshalb: Wir werden die Umstellung der Bundeswehr auf militärische Interventionsfähigkeit aktiv bekämpfen."

Die Beendigung des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts, die Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas erfordern eine drastische Reduzierung von Militär und Rüstung und nicht neue Formen und Ziele militärischer Gewalt.

Alle Staatsbürger, die sozialen Bewegungen, die Friedenskräfte und alle friedliebenden Menschen sind gefordert.

Aufklärung und breite politische Aktionen müssen helfen, die neuen Gefahren abzuwehren und den Frieden zu sichern.

Unsere Forderungen und Ziele sind:

* **Jede Erweiterung des Einsatzgebietes und Auftrags der Bundeswehr ist ohne Wenn und Aber abzulehnen. Kein Einsatz deutscher Soldaten außerhalb unseres Landes.**

* **Jede Umkehrung des Grundgesetzauftrags von der Pflicht zum Frieden in ein "Recht auf Krieg" muß verhindert werden. Die Deutschen können ihre internationale Verantwortung nur mit zivilen und humanen Mitteln wahrnehmen.**

* **Rüstung und Militär sind drastisch zu reduzieren. Ziel ist die Angriffsunfähigkeit aller Staaten und vorbeugende Konfliktregelung.**

* **Waffenlieferungen und Rüstungsexporte sind zu unterbinden. Das gilt insbesondere sofort und absolut für alle Konfliktgebiete und Staaten, die Waffen und militärisches Gerät gegen Teile der Bevölkerung einsetzen.**

* **Den Kriegsgenern und vom Krieg betroffenen Menschen ist umfassende humanitäre Hilfe zu leisten.**

* **Die deutschen Grenzen sind für alle Kriegsflüchtlinge zu öffnen.**

27. Juli 1992

Bundessprecher/Innen/Kreis der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
(VVN) Bund der Antifaschisten.